

Niederschrift
über die Sitzung des Betriebsausschusses Umweltbetrieb
am 23.08.2022

Tagungsort: Rochdale-Raum, 2. OG, Altes Rathaus

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 17:40 Uhr

Anwesend:

CDU

Frau Elke Grünewald

Frau Ursula Schineller

Herr Frank Strothmann

Herr Werner Thole

Vorsitzender

SPD

Frau Dorothea Brinkmann

Herr Norbert Gerth

Herr Kai-Philipp Gladow

Herr Ole Heimbeck

anwesend ab 17:03

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Klaus Feurich

Frau Dr. Adele Gerdes

Herr Dominik Schnell

Herr Thies Wiemer

Stellv. Vorsitzender

FDP

Herr Micha Paul Kasper

Die Partei

Herr Daniel Hofmann

AfD

Herr Martin Breuer

Die Linke

Herr Matthias Benni Stiesch

Von der Verwaltung

Herr Adamski

Frau Stücken-Virnau

Herr Dr. Pues

Frau Steinhoff

Frau Krätschmer

Beigeordneter

UWB, Erste und Techn. Betriebsleiterin

UWB, Kaufm. Betriebsleiter

UWB, Schriftführerin

UWB, 700.132

Vor Eintritt der Sitzung stellt Herr Thole fest, dass die Einladung zur Sitzung ordnungsgemäß und fristgerecht erfolgt und der Ausschuss beschlussfähig ist.

Vor Eintritt in die öffentliche Tagesordnung

Herr Thole begrüßt Herrn Dr. Pues in seiner ersten Sitzung als Kaufmännischen Betriebsleiter und überreicht ihm einen Blumenstrauß.

Herr Thole berichtet, dass eine Anfrage fristgerecht, aber nach Erstellung der Einladung eingegangen ist.

Der BUWB fasst folgenden

Beschluss:

Die Tagesordnung wird ergänzt um:

**TOP 3.3 Anfrage „Finanzielle Mittel zur Sanierung von stehenden Gewässern“
(Drucksachen-Nr. 4493/2020-2025)**

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Öffentliche Sitzung:

Zu Punkt 1 Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 14. Sitzung des Betriebsausschusses des Umweltbetriebes am 31.05.2022

Herr Thole bedankt sich, dass die Präsentation des Tierparks aus der vergangenen Sitzung der Niederschrift als Anlage beigefügt wurde. Vor allem für die Ausschussmitglieder sei dies sehr zu begrüßen.

Der BUWB fasst folgenden

Beschluss:

Die Niederschrift wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- bei 2 Enthaltungen einstimmig beschlossen. -

-.-.-

Zu Punkt 2 Mitteilungen

Herr Thole verweist auf die Mitteilungen „Ausschreibung der dualen Systeme“ und „Erforderlicher Rückschnitt einer Platane“.

Frau Brinkmann verweist auf aktuelle Presseartikel zur Sperrung der Brücke bei dem Wolfsgehege und ist an näheren Informationen interessiert.

Frau Stücken-Virnau nimmt Bezug auf die Mitteilung „Erforderlicher Rückschnitt einer Platane“ und teilt mit, dass es sich bei den Grünpflegearbeiten um einen Rückschnitt von maximal 20% handele. Wahrscheinlich werde sogar weniger zurückgeschnitten.

Herr Heimbeck fragt, ob die Zugversuche nicht zu gravierend ausfallen würden.

Frau Stücken-Virnau antwortet, dass seitens des Umweltbetriebes ein großes Interesse bestehe, die Platanen zu erhalten. Sie seien in der Zwischenzeit immer wieder begutachtet und gepflegt worden. Außerdem werde es nun zusätzliche Maßnahmen der Bewässerung geben. Man werde alles dafür tun, die Platanenallee gut zu erhalten, da anderenfalls alle bisherigen Maßnahmen umsonst gewesen seien.

Auf die Frage der Wolfsgehege von Frau Brinkmann antwortet Frau Stücken-Virnau, dass aus den Presseartikeln unterschiedliche Informationen hervorgehen.

In der Neuen Westfälischen sei berichtet worden, dass die Brücke vollständig geschlossen wird und in Zukunft nicht mehr begehbar sei. Laut Westfalenblatt werde die Brücke nur dann geöffnet, wenn wenig Besucher*innen vor Ort seien und eine Öffnung gut zu vertreten sei. Zum Schutz der Tiere behalte sich die Tierparkleitung eine Schließung der Brücke vor und werde sie nur dann öffnen, wenn wenig Besucher*innen im Tierpark seien. Frau Stücken-Virnau begrüßt die Entscheidung der Tierparkleitung. In beiden Zeitungen sei zu lesen, dass viele Besucher*innen und das Erproben ihrer Hunde dazu führen, dass die Wölfe ein auffälliges Verhalten zeigen. Dies sei auch durch die Tierpfleger*innen bestätigt worden. In der Corona-Pandemie habe man beobachten können, dass sich das auffällige Verhalten sehr reduziert habe und bis jetzt nicht wieder aufgetreten sei, da die Brücke bei Bedarf geschlossen werde.

Frau Brinkmann bedankt sich für die Reaktion der Betriebsleitung und begrüßt das Handeln im Sinne des Tierwohls.

Herr Thole verweist auf die Mittelung zum Thema „Abwassergebührenkalkulation“ und macht deutlich, dass der BUWB an dieser Stelle nichts machen könne, da sich der Prozess noch in der Schwebe befinde.

Herr Heimbeck weist darauf hin, dass der Bezirksvertretung Gadderbaum bereits ein bezirksbezogener Wirtschaftsplan vorliegt und fragt, warum die Wirtschaftspläne erst im September vorliegen würden.

Frau Stücken-Virnau antwortet, dass die Investitionspläne immer im Vorfeld in den Bezirksvertretungen abgestimmt würden. Die Investitionspläne haben keinen direkten Bezug zum Umgang mit Kostensteigerungen, kalkulatorischen Zinsen oder Abschreibungen. Diese Abstimmungen könnten demnach weiterlaufen, da die jeweiligen Bezirksvertretungen auch zuständig seien.

Herr Thole bedankt sich bei Frau Stücken-Virnau für die Ausführungen.

-.-.-

Zu Punkt 3 Anfragen

Zu Punkt 3.1 Anfrage bezüglich Multiplilatorenstelle "Abfallvermeidung"

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 4417/2020-2025

Herr Heimbeck bedauert, dass die Einstellungsvoraussetzungen nicht bis zum 2. Quartal 2022 abgeschlossen werden konnten. Er betont, dass es um die Verursachung des Müllaufkommens geht. Wenn man über die Reinigungskosten des Jahnplatzes spreche, müsse man die Verursachung reduzieren. Er fragt, ob die Stelle, die bereits im Rahmen des Müllkonzeptes beschlossen wurde, ebenfalls nicht aktiv sei.

Frau Stücken-Virnaeu erklärt, dass es sich bei der zuletzt angesprochenen Stelle nicht um eine Wiederbesetzung handelt, sondern um eine Neubesetzung einer Stelle. In Corona-Zeiten habe man diese Stelle nicht ausgeschrieben und besetzt. Sie habe Verständnis für Herrn Heimbecks Unmut und betont die Dringlichkeit der Stellenbesetzung. Stadtintern müsse man die Stelle jedoch zunächst ausführlich beschreiben und bewerten. Erst dann könne man sie ausschreiben. Auch von Seiten des Umweltbetriebes sei es zu Verzögerungen gekommen, da man viele andere Themen bewältigen musste. Zu nennen seien insbesondere die Krankheitsausfälle in der Müllabfuhr, die zuletzt Corona bedingt sehr hoch ausfielen. Frau Stücken-Virnaeu bittet um Nachsicht und versichert ein zeitnahes Handeln. Zudem habe eine Mitarbeiterin aus der Abfallberatung begonnen die Konzepterstellung vorzubereiten, sodass sie zuversichtlich sei, ein fertiges Konzept zur Arbeit mit und an Schulen zeitnah vorstellen zu können.

Herr Heimbeck ist erfreut, dass das Angebot für die Schulklassen bereits verfügbar ist.

Herr Thole fragt, ob noch in diesem Jahr mit einem fertigen Konzept zu rechnen sei.

Frau Stücken-Virnaeu bestätigt dies und weist darauf hin, dass die Mitarbeiterin mit der Konzepterstellung bereits begonnen hat, um dem BUWB ein Konzept zeitnah zur Beschlussfassung vorzulegen.

Die Mitglieder des Betriebsausschusses des Umweltbetriebes nehmen Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 3.2 Kosten Jahnplatz-Reinigung

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 4431/2020-2025

Herr Thole verweist auf die schriftlich vorliegende Antwort. Er begrüßt, dass der Jahnplatz nahezu täglich gereinigt werden soll. Er fragt, ob die

tägliche Reinigung auch die Bahnhofstraße bzw. die Niedernstraße betreffe.

Frau Stücken-Virnau bestätigt dies, da es sich um Straßen in der identischen Reinigungsklasse handele.

Herr Kasper bittet darum, dass der BUWB informiert wird, sobald ein Vertragspartner für die Reinigung gefunden sei.

Frau Brinkmann fragt, ob es eine Lösung für die Mülleimerproblematik gebe.

Frau Stücken-Virnau berichtet, dass Überlegungen angestellt wurden, es allerdings noch Abstimmungsbedarf gebe. Man habe gute Erfahrungen mit „Big Bellys“ auf dem Kesselbrink gemacht und habe sie ebenfalls in mehreren Varianten an den kritischen Stellen in der Bahnhofstraße ausprobiert. Sie betont, dass die Bezirksvertretungen zu beteiligen sind und weist darauf hin, dass die „Big Bellys“ sehr groß seien. Vor diesem Hintergrund sei zu prüfen, inwiefern sie in die Gesamtplanung passen. Man müsse hierbei auch die Planer*innen beteiligen. Aktuell könne sie keinen Zeitpunkt nennen, wann dieses Problem gelöst sei.

Herr Thole ergänzt, dass die Bezirksvertretungen sich einigen müssten und sodann einen Vorschlag machen würden.

Herr Stiesch erklärt, dass die Mülltonnen der Haushalte nicht auf der Straße stehen dürften, sondern auf dem Grundstück selbst untergebracht werden müssen. Am Jahnplatz, auf der Seite wo die Busse in Richtung Heepen abfahren, würden dennoch ständig Mülleimer stehen, die Radfahrer*innen behindern würden. Er fragt, wem diese Mülleimer gehören und wer dafür zuständig sei. Er weist zudem darauf hin, dass es mobile Mülleimer gebe, die jedoch auf einem festen Fuß stehen und den Radweg blockieren. Hierfür sei dringend eine Lösung zu finden.

Frau Stücken-Virnau erklärt, dass man wegen der großen Müllbehälternisse auf dem Jahnplatz Kontakt zu den angrenzenden Geschäften und Eigentümer*innen aufgenommen habe. Die Mülltonnen würden dort nicht ihren dauerhaften Standort haben, sondern sich eigentlich hinter den Häusern befinden. Ursache des Problems sei demnach, dass die Tonnen zum Teil zu früh an die Straße gestellt und zu spät von dort abgeholt würden. Infolgedessen habe man klare Regelungen getroffen und überprüfe, ob diese Regelungen eingehalten werden.

Herr Adamski ergänzt, dass Herr Vahrson mit den Eigentümer*innen Gespräche über die Positionierung geführt habe. Demnach gäbe es andere dezentrale Standorte, die sich näher an den Standorten und weiter entfernt von den Radwegen befinden.

Neben den Gesprächen gäbe es zusätzlich eine neue Definition der Ab- und Entnahmestellen. Man werde genau beobachten, ob die Müllbehälternisse nur funktionsmäßig abgestellt würden, um zum einen den Radverkehr nicht zu behindern und den Jahnplatz nicht negativ optisch zu beeinträchtigen.

Herr Gladow begrüßt die Zielsetzung, dass man die Mülltonnen abseits der Radwege und nur kurzweilig auf dem Jahnplatz abstellen darf.

Herr Breuer hofft, dass die Zielsetzung verwirklicht werden könne. Die neue Regelung, die es nur noch erlaube sehr langsam zu fahren, sei ohnehin schwierig, da man die großen Mülleimer leicht übersehe. Beim Ausweichen müsse man gleichzeitig auf die Fußgänger*innen Rücksicht nehmen. Er berichtet von einer Situation, in der er als Radfahrer beinahe mit einem Fußgänger kollidiert wäre. Er bittet um eine schnelle Lösung des Problems.

Herr Hofmann bedauert, dass die FDP und die Neue Westfälische sich nur darauf fokussieren, dass der Jahnplatz nicht sauber ist. Er gehe davon aus, dass man sich vor allem aus Gründen des Klimaschutzes für das helle Pflaster entschieden hat. Diese solle nicht so stark aufheizen, wie das vorherige dunklere Pflaster. Habe man ein weißes und ein schwarzes Auto in der Garage, so müsse man das helle Auto ebenfalls häufiger reinigen. Er fragt, ob Erfahrungswerte vorliegen, die eine Auskunft darüber geben, wie hoch der Temperaturunterschied bei den unterschiedlichen Pflastern sei. Er plädiert dafür, dass dieser Aspekt mehr im Fokus stehen soll und bittet um eine Auskunft, wo er diese Informationen erhalten könne, sofern die anwesenden Personen die Frage nicht beantworten können.

Herr Adamski bittet um Verständnis dafür, dass Datenerhebungen nur in einem begrenzten Umfang durchgeführt werden können. Er versichert Herrn Hofmann jedoch, dass derzeit in Zusammenarbeit mit dem Gesundheits- und dem Umweltamt ein Hitze-Aktionsplan erstellt wird. Gerne greife er die Aufgabe auf, bei der Erarbeitung einer Empfehlung für die späteren Belagsarten in der Innenstadt auch diesen Aspekt zu hinterfragen. Nicht nur für den Jahnplatz, sondern generell wolle man die Empfehlung mit empirischen Daten hinterlegen. Der Hitze-Aktionsplan selbst werde im BUWB nicht vorgestellt, gerne präsentiere er jedoch die entsprechenden Ergebnisse.

Herr Kasper erklärt, dass seine Fraktion die Anfrage gestellt hat, da der Umbau des Jahnplatzes ein sehr langes und mit hohen Kosten verbundenes Projekt sei. Vor diesem Hintergrund bedauere er, dass noch kein Vertragspartner für die Reinigung gefunden wurde.

Herr Adamski erklärt, man habe die höchste Reinigungsstufe aufgelegt und reinige den Jahnplatz jeden Tag. In hochfrequentierten Bereichen, in denen sich viele Menschen aufhalten, würden mehr Abdrücke von Kaugummi entstehen. Man müsse präventiv in Schulen für eine ordnungsgemäße Abfallbeseitigung sensibilisieren. Er bittet davon abzusehen, der Verwaltung die Verantwortung für diese Probleme vollumfänglich zuzuschreiben, da Menschen auch individuell für sich selbst verantwortlich seien. Er sehe mündige Bürger*innen und plädiert dafür, dass der BUWB diese Ansicht auch nach außen trägt.

Die Mitglieder des Betriebsausschusses des Umweltbetriebes nehmen Kenntnis.

Zu Punkt 3.3 Finanzielle Mittel zur Sanierung von stehenden Gewässern

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 4493/2020-2025

Herr Thole verweist auf die schriftlich vorliegende Antwort.

Herr Heimbeck weist darauf hin, dass ab 2023 mehr finanzielle Mittel zur Entschlammung von Gewässern zur Verfügung stehen werden. Er fragt, ob diese ausreichend seien, insbesondere vor der dem Hintergrund des besonders warmen Sommers. Bei stehenden Gewässern würden vermehrt Algen wachsen, wodurch schnell eine Notsituation entstehen könne, die dadurch gekennzeichnet sei, dass Fische sterben und an der Gewässeroberfläche schwimmen würden. Er befürchtet, dass solche Notfälle keine Berücksichtigung finden. Am Obersee habe er sieben Wasserbelüftungsanlagen gesehen, wovon jedoch nur zwei in Betrieb gewesen seien. Er fragt, warum dies der Fall sei und wie schnell man solche Belüftungen auch in anderen Gewässern installieren könne.

Frau Stücken-Virnau erklärt, dass die Beantwortung der Anfrage in die Sitzung des BUWB aufgenommen wurde, da die Anfrage auch in diesem Ausschuss gestellt wurde. Sie bittet darum, diese Fragen im Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz zu thematisieren, da die Zuständigkeit beim Umweltamt liege.

Herr Feurich weist darauf hin, dass es zu diesem Thema vor kurzer Zeit eine Informationsvorlage im Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz gegeben hat. In diesem Zusammenhang sei ein Auftrag erteilt worden, zu der Problematik der Verschlammung ausführliche Informationen in einer der nächsten Sitzungen zu erhalten. Er halte es für sinnvoll die Ausarbeitung auch dem BUWB zur Verfügung zu stellen.

Die Mitglieder des Betriebsausschusses des Umweltbetriebes nehmen Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 4 Anträge

Es liegen keine Anträge vor.

-.-.-

Zu Punkt 5 Neuregelung der Umsatzbesteuerung der öffentlichen Hand und Wirkungen für den Umweltbetrieb

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 4347/2020-2025

Herr Dr. Pues weist darauf hin, dass es sich um eine Regelung handelt, die eigentlich schon zu 2021 hätte umgesetzt werden sollen. Die bisherigen Schwellenwerte bzw. Ausnahmen zur Erhebung von Umsatzsteuer

für den sog. Betrieb gewerblicher Art für Kommunen entfallen zum 01.01.2023. Demnach sind ab dem kommenden Januar alle erzielten Einnahmen aus wirtschaftlicher Betätigung umsatzsteuerpflichtig, unabhängig von ihrer Höhe. Bis dato habe es nur einige Bereiche gegeben, die umsatzsteuerpflichtige Leistungen erbracht haben, insbesondere sei hier die Abfallentsorgung für Duale Systeme betroffen gewesen. Zukünftig werde ein Gesamtumsatz von etwa 450.000 € pro Jahr zusätzlich umsatzsteuerpflichtig. Es gebe eine Beschlussfassung im Verwaltungsvorstand, die Umsatzsteuer weiterzuberechnen. Derzeit arbeite man an der Umsetzung.

Klärungsbedarf bestehe noch bzgl. der Besteuerung der interkommunalen Zusammenarbeit. Für den UWB betrifft dies insbesondere die Nutzung der Bielefelder Kläranlagen durch Nachbarkommunen / Abwasserverbände. Hierbei handele es sich um ein Umsatzvolumen von ca. 300.000 €.

Zu klären sei zudem die Nutzung der städtischen Wertstoffhöfe durch Privatpersonen.

Herr Thole bedankt sich bei Herrn Dr. Pues für die weiteren Ausführungen.

Herr Stiesch fragt, wie es sich mit Kläranlage Obere Lutter verhalte, die gemeinschaftlich durch mehrere Kommunen betrieben werden.

Herr Dr. Pues antwortet, dass für den Fall, dass diese Leistung umsatzsteuerpflichtig werde, dann diese auch anteilig berechnet werde. Zu klären sei in dem Zuge nicht nur die Frage der Umsatzsteuerpflichtigkeit, sondern auch die Möglichkeit des Vorsteuerabzugs.

Herr Kasper erklärt, dass er Bedenken hinsichtlich der Parkgebühren des Tierparkes hat. Der BUWB habe beschlossen keine Eintrittsgelder zu erheben. Ein Parkticket käme einem Eintrittsgeld jedoch gleich. Er äußert Bedenken bei der Umlegung der Umsatzsteuer auf die Endverbraucher*innen und weist darauf hin, dass dies schwer zu kommunizieren sei.

Frau Stücken-Virnau erklärt, dass die Informationsvorlage deutlich machen soll, welche Bereiche von der Neuregelung der Umsatzsteuerpflicht betroffen sind. Innerhalb des Umweltbetriebs wolle man sich die einzelnen Bereiche nun anschauen. Einige werde man über die Entgeltordnung abwickeln können, andere können man an den Verwaltungsvorstand weiterleiten. Diese Prüfung stehe noch aus. In jedem Fall werde man der Politik die Entscheidungen immer zur Beschlussfassung vorlegen. Die Informationsvorlage diene ausschließlich zur Information der Ausschussmitglieder, welche Bereiche von der Neuregelung betroffen seien und welche nicht.

Herr Stiesch weist darauf hin, dass Besucher*innen des Tierparkes nicht verpflichtet seien ein Parkticket zu lösen. Er findet es fragwürdig, dass die Menschen, die freiwillig ein Parkticket lösen, die Umsatzsteuer zahlen müssen. Stattdessen könne man eine Spendenbox aufstellen und somit die Umsatzsteuer umgehen.

Herr Adamski weist darauf hin, dass Besucher*innen, die im Sinne der Verkehrswende mit dem ÖPNV oder dem Fahrrad anreisen, kein Entgelt zu zahlen haben.

Herr Thole weist darauf hin, dass der BUWB sich gegen eine Erhöhung ausspricht. Sollte es dennoch zu einer Erhöhung kommen, müsste der BUWB hierfür einen Beschluss fassen. Er unterstreicht die Ausführungen von Frau Stücken-Virnaue und erklärt, dass es sich um eine Informationsvorlage handelt, die über Eckdaten informiert.

Die Mitglieder des Betriebsausschusses des Umweltbetriebes nehmen Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 6

Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand

Es liegen keine Berichte vor.

-.-.-

Werner Thole
Ausschussvorsitzender

Lisa Steinhoff
Schriftführerin